

Dresdener Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Roden & Comp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis: monatlich 6.00 M., durch die Post halbjährlich 30.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M., für Ausland 10.00 M. Einmalnummer 20 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Anzeigenpreis: die 8 zeilige Komposition 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 8 zeilige Anzeigenzeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufzehrung an sorgfältigen Tagen. Für Briefbeantwortung 30 Pf.

Nr. 270

Dresden, Montag den 22. November 1920

31. Jahrg.

Schieberrepublik oder Schiebermonarchie?

Das Schimpfwort Schieberrepublik gehört zum eisernen Bestand des reaktionären Agitationsprofesses. Es läßt sich nicht fragen, daß bei den heutigen schwankenden Wirtschaftsverhältnissen für Schieberlungen und mühselige Gelegenheitsgewinne eine besonders günstige Konjunktur ist, aber diese Konjunktur ist in Wirklichkeit bereits durch den Krieg geschaffen und damals schon von allen Gewinnfüchtigen weiblich ausgenutzt worden.

Aber mit ihrem Schimpfwort wollen wohl die Reaktionen sagen, daß es gerade die Republikaner sind, die Schieberlungen. Der Fall des Bankhauses Gruber, Philippson, Hohenzollern u. Komp. zeigt nun aber wohl auch dem Blinden, daß die Monarchisten keineswegs blöde sind. Noch mehr! Die erlauchten Herrscherhäuser selbst sind es, die mit dem Beispiel hinterlistigen Gewinnzuges fröhlich vorangehen. Mehrere hundert Millionen haben die erlauchten Herrschaften durch Gruber aus dem verarmten Deutschland in das Ausland verschoben, nur darauf bedacht, sich jeder Entwertung der deutschen Mark und den hohen inländischen Steuern zu schämen.

Aber man darf sich über das Treiben dieser Herrschaften in der Republik nicht wundern. Gegen sie doch nur fort, was die Hohenzollern unter der Monarchie, ihrer eignen Monarchie, jahrhundertlang getrieben haben. Woher kommen denn die vielen hunderte Millionen, die jetzt ins Ausland verschoben sind, woher stammt die niedliche Kleinigkeit von einer Milliarde, die Wilhelm der Große als Abfindung dafür forderte, daß er das Volk mit seiner Regierung verschonte?

Die Antwort darauf geben die Verhandlungen des preussischen Rechtsausschusses, in dem seit Tagen die Abfindungsfrage behandelt wird. Leider werden diese Verhandlungen viel zu wenig beachtet, leider können die Zeitungen wegen des leidigen Papiermangels nur mit äußerster Kürze darüber berichten. Diese Verhandlungen ergeben, daß das Reich für die Hohenzollern jahrhundertlang ein Mittel gewesen ist, um sich schamlos auf Kosten des von ihnen regierten Staates zu bereichern. Wie sollte es auch anders sein? Wenn ein Vanteprofessur plödiert über ein Millionenvermögen, so fragt man höhnisch, ob er denn das von seinem Gehalt erspart hat. Bei den Hohenzollern ist die gleiche Frage nur allzu berechtigt. Namentlich Wilhelm, der immer über seinen Etat von 20 Millionen jährlich lebte, hat wohl kaum etwas erspart, trotzdem ist auch unter ihm das private Hohenzollernvermögen bedeutend gewachsen.

Die hauptsächlichste Bereicherungsmethode der Hohenzollern beruhte in der Ausnützung der unklaren Rechtsverhältnisse, die daher rühren, daß bis in die moderne Zeit das Staatsvermögen und das Privatvermögen der Hohenzollern nicht getrennt verwaltert wurden. Es hat zwar zahlreiche Auseinandersetzungen später gegeben, bei denen die Hohenzollern nie zu kurz gekommen sind, aber trotz diesen Auseinandersetzungen haben sie es immer wieder fertig bekommen, noch bis in die letzte Zeit wertvolle Staatsvermögen als ihr Eigentum zu reklamieren. So wurde im Jahre 1900 das Hofmeyerwerk in Berlin von den Hohenzollern an den Staat für 14 Millionen verkauft, obwohl diese Grundstücke dem Staat schon immer gehört hatten. Also etwas die gleiche Schiebung, wie wenn ein Fabrikdirektor seiner Fabrik ihre eignen Maschinen verkauft und sich dafür das Geld einsteckt.

Und doch sind diese von den Hohenzollern erschobenen 14 Millionen nur ein kleiner Bruchteil von dem großen Gesamtvermögen. Der Rechtsausschuß hat festgestellt, daß über die Hälfte der Grundstücke, die jetzt von den Hohenzollern als ihr Eigentum in Anspruch genommen werden, aus Mitteln des Kronfondes, des Reichs- und Provinzialfonds erworben wurden. Dieser Kronfondes wurde aber immer wieder dadurch aufgefüllt, daß die Hohenzollern Staatsgrundstücke veräußerten. Also der Fall eines Bureaubeamten, der den Bureauaufseherlich seiner Firma verkauft und sich von dem Erlös zu Hause einen Schmelztopf anschafft — nur ins Riesenhafte übertragen!

Mitunter waren die Hohenzollern auch so gnädig, dem Staat für die ihm abgenommenen Grundstücke etwas zu bezahlen. So wurde der Grund und Boden, auf dem Schloss Tschernberg steht, von ihnen dem Staat mit hundert 256 Talern und 6 Pfennigen (letztere nicht zu verwechseln!) veräußert. Heute wird der gleiche Grundbesitz auf 28 Millionen geschätzt. Aber die Hohenzollern sagen: Verkauf ist gekauft, denn: Abel verflucht!

Noch schöner ging es bei dem Kauf von Saaroth an der Dabel zu. Dieser Grundbesitz sollte nach seinem Reinertrag bezahlt werden. Da aber angeblich ein Reinertrag nicht vorhanden war, so wurde eben auch nichts bezahlt! Also gekauft für 0,0, aber „gekauft ist gekauft“, sagt Wilhelm der Anständliche.

So haben die Hohenzollern es glänzend verstanden, das Regieren zu einer ungeheuren persönlichen Bereicherung für sich zu gestalten. Die anständigen Methoden, den Staat zu pressen, waren ihnen recht. Aber wie jener alte römische Kaiser sagte, „es stinkt nicht“ — nämlich das Geld, das er auf diese Weise einheimst. Und nun fragen wir: besteht nicht tausendmal mehr Ursache, als von einer Schieberrepublik zu reden, die vergangene Schiebermonarchie zu bezeichnen?

Eine Bartholomäusnacht in Dublin

Eigene Drahtmeldung

Kopenhagen, 22. November. In der letzten Nacht ist in der irischen Hauptstadt Dublin ein Aufstand angedacht worden. Bis jetzt konnte festgelegt werden, das ein Offizier getötet wurden, aber auch eine große Anzahl gemeiner Soldaten fielen der organisierten Bartholomäusnacht zum Opfer. Nach Drohverboten über diese blutige Orgie wurden die meisten Soldaten getötet, während sie in ihren Zimmern im Bett lagen. Die Sinneiner hatten die Adressen ihrer Opfer ausfindig gemacht und dann die Ausführung systematisch vorbereitet. Nach Bekanntwerden dieses Mordmordes entspannen sich heftige Straßenkämpfe in Dublin, bei denen, sozial bisher bekannt ist, drei Personen getötet wurden. In einem einzigen Privathaus wurden vier Offiziere getötet. Die Straßenschlacht dauert noch an und erneuert sich immer wieder. Militärparasiten jagten durch die Straßen und fuhren schonungslos in die Menge hinein.

Dublin, 22. November. Über die blutigen Vorgänge von Sonnabend wird berichtet: Am Sonntag nachmittags umrinde die Polizei den Sportplatz für öffentliche Kämpfe und untersuchte die Menge nach Waffen. Die Polizei beschlagnahmte eine Anzahl Revolver. Ein Sinnfeindbesitz beschloß die Polizei beim Betreten. Die Polizei erwiderte das Feuer. Wiele und verwundete eine Anzahl von Personen. Bei dem Gebot wurde ein Mann und eine Frau getötet. Nach unbestimmten Gerüchten beträgt die Zahl der Opfer 10 Tote und 60 bis 70 Verwundete.

London, 22. November. Das Reutersche Bureau berichtet aus Dublin vom 21. November: Heute morgen 9 Uhr fand in verschiedenen Teilen Dublins ein allgemeiner Angriff auf Offiziere und Kometische Offiziere in ihren Wohnungen statt. Dabei wurden 14 Personen getötet, 6 verwundet, drei der Mörder gefangen genommen. Zwei Polizisten, die zur Verhütung ausgesandt worden waren, wurden auf dem Wege erschossen. Unter den Toten befinden sich zwei Kriegesgerichtsbeamte. Polizei und Militär veranfaßten heute nachmittags eine Razzia in der ganzen Stadt. Die Bürger sind von einer Panik ergriffen, da sie Vergeltungsmassnahmen befürchten.

Eine spätere Reutermeldung besagt: Unter den heute in Dublin getöteten Offizieren befinden sich ein Major, fünf Hauptleute, ein

Hauptmann a. D. und ein Leutnant, unter den Verwundeten zwei Obersten, ein Hauptmann und ein Leutnant. Die Zahl der Personen, die die Offiziere umgebracht haben, beträgt 12 bis 24. Jährliche Opfer de oben sind noch im Laufe, als sie angefallen wurden. Ein Hauptmann wurde in seinem Schlafzimmer in Gegenwart seiner Frau erschossen, nachdem er zuvor den Angreifer, der später gefangen genommen wurde, verwundet hatte.

Ein Gehilfe Korfanths ermordet

Reuthe, 20. November. Heute nachmittags ereignete sich in der Wohnung von Theophil Kupke, dem Herausgeber der Wola Wola (der Wille des Volkes), der bis vor einiger Zeit Mitarbeiter Korfanths im Hotel Lomnij war, drei massierte Personen, die nach Beschäftigung fragten. Kupke, der an der Wohnungstür zunächst die Namen bezeichnen wollte, erhielt sofort vier Schüsse, darunter je einen in Kopf und Brust, die seinen Tod auf der Stelle herbeiführten. Der Mord ist offenbar politischer Natur. Versetzt seit Tagen wurde Kupke von den verdächtigsten Seiten durch allerlei Nachfragen ausgefordert, so daß festzustellen scheint, daß seine Verhaftung von langer Hand geplant war.

Schweres Eisenbahnunglück

Merseburger, 22. November. Die die Reuten Weipreuzischen Eisenbahnen melken, in heute früh auf dem Bahnhof Braunau, der letzten Station der Merseburger, der neu eingelegte Güterzug 2000 mit dem von Merseburger kommenden Personenzug 1001 zusammengefahren. Bis jetzt sollen 40 Personen tot oder schwer verwundet aus den Trümmern gezogen worden sein.

Blutiger Kampf im Gemeinderat

Bologna, 22. November. In der ersten Sitzung des neuen Gemeinderats kam es zu Schlägereien zwischen Sozialisten und Liberalen. Dabei wurden sieben Personen getötet und etwa 30 verletzt. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her. Am Abend herrschte Ruhe in der Stadt.

Gewinnbeteiligung als Sozialisierungserfah

Herr Stinnes hat bekanntlich den Vorschlag gemacht, als Ersatz für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues die Bergarbeiter am Gewinn zu beteiligen. Es sollen kleine Aktien zu 100 M. ausgegeben werden, die die Arbeiter erwerben können. Herr Stinnes kann nicht beanspruchen, mit seinem Vorschlag eine neue Erfindung gemacht zu haben. Der Gedanke der Gewinnbeteiligung ist nicht nur nicht neu, sondern auch vielfach schon in die Praxis umgesetzt worden. In einzelnen Betrieben erhalten die Arbeiter auch heute schon einen Anteil am Gewinn, wie z. B. in den Reichswerken in Jena. Bürgerliche Sozialpolitiker und wohlmeinende Fabrikanten haben sich von der Gewinnbeteiligung große Dinge versprochen, so etwa eine Veleitigung des Gegensatzes zwischen Arbeitern und Unternehmern, oder gar die Lösung der sozialen Frage. Aber diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, und trotzdem über die Gewinnbeteiligung schon sehr viel geschrieben worden ist, hat sie verhältnismäßig wenig Verbreitung gefunden.

Die Gewinnbeteiligung ist auch durchaus nicht geeignet, die an ihre Einführung geknüpften Hoffnungen zu erfüllen. Die Arbeiter können es sich selbstverständlich nicht gefallen lassen, daß ihr Anteil am Gewinn an die Stelle eines Teiles ihres Lohnes tritt, denn dann würden sie hat: eines festen Betrages eine unfixierte Einnahme erhalten, die ganz wegfällt, wenn etwa ihr Unternehmen mit Verlust abgeht. Die Gewinnbeteiligung kann also nur neben dem üblichen Lohn gewährt werden. Aber in der Vorkriegszeit ist die Dividende unterer Aktiengesellschaften im allgemeinen nicht über 5 bis 10 Prozent des Lohnes hinausgegangen, und wenn auch heute die kapitalistischen Gewinne sehr hoch sind, so kann doch die Gewinnbeteiligung dem Arbeiter nur verhältnismäßig geringe Einnahmen bringen und seine soziale Lage nicht wesentlich ändern. Herr Stinnes will nun nicht schlechthin allen Arbeitern eine Gewinnbeteiligung geben, sondern nur denjenigen, die eine Aktie erworben haben. Aber selbst wenn ein Arbeiter eine Lotteriemarktfaktie im Besitz hätte, so würden ihm je nach der Höhe der Dividende jährlich 50 bis 200 M., in Ausnahmefällen auch einmal 300 bis 400 M. zufließen, ein im Verhältnis zum Lohn geringerer Betrag. Dabei müssen sich die Arbeiter selbstverständlich die Summe abrechnen, die sie anderwärts als Zinsen für das zum Kauf der Aktie verwendete Geld bekommen können. Und da die Aktien, wenigstens soweit sie hohe Dividenden bringen, meist beträchtlich über ihrem Nennwert bezahlt werden müssen, so wären die Vorteile aus einer Gewinnbeteiligung nach dem Rezept Stinnes' für die Arbeiter sehr gering. Herr Stinnes rechnet nun nicht einmal damit, daß die Arbeiter Lotteriemarktfaktien erwerben, sondern er will kleine Aktien für sie ausgeben lassen. Ein Arbeiter, der aber nur mit einigen hundert Mark oder gar nur mit 100 M. an einem Unternehmen beteiligt wäre, würde jährlich nur ein paar Mark erhalten, eine Summe, die überhaupt nicht der Rede wert ist.

Die Absicht des Herrn Stinnes ist es, durch die Gewinnbeteiligung aus den Arbeitern eine Schenkung zu

gegen die Sozialisierung zu machen. Er rechnet darauf, daß nach Durchführung der Gewinnbeteiligung die Kohlenmagnaten die Arbeiter immer auf ihrer Seite haben würden, wenn es sich darum handelte, die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben. Die Gefahr, daß die Arbeiter in Preisfragen den Unternehmern Gefolgschaft leisten, kann freilich durch die Gewinnbeteiligung erhöht werden. Sie wird aber nicht erst durch die Gewinnbeteiligung geschaffen. Schon jetzt haben wir oft genug gesehen, daß die Arbeiter geneigt sind, Preisverhöhnungsforderungen der Unternehmer zu unterstützen, wenn sie dabei eine Lohnverhöhnung erzielen. Gegen die Gefahren, die aus einem derartigen Zusammengehen von Unternehmern und Arbeitern entstehen können, kann uns nur die Einsicht der Arbeiter helfen. Schließlich müssen doch die Arbeiter begreifen, daß Einkommenserhöhungen, die auf Kosten der Verbraucher erfolgen, höchstens einmal vorübergehend der einen oder anderen Arbeitergruppe helfen können, daß sie sich aber in ihrer Wirkung aufheben, wenn allenthalben die Erhöhung des Arbeiterverdienstes zu einem Steigen der Preise führt, weil eben ja die Arbeiter gleichzeitig Verbraucher sind. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob den Arbeitern die erhöhten Einnahmen durch gesteigerte Löhne oder durch eine Beteiligung am Gewinn zufließen.

Man braucht nicht zu bestreiten, daß unter Umständen die Gewinnbeteiligung einen kleinen Nutzen stiften kann, indem sie die Arbeiter zu sorgfamer und intensiverer Arbeit anspornt, ein Ziel, das aber in diesen Fällen auf anderem Wege besser erreicht werden kann, etwa durch die Zahlung von Anreizlöhnen oder die Gewährung von Prämien. Mit der Sozialisierung aber hat die Gewinnbeteiligung nichts zu tun. Die Sozialisierung soll den Zweck haben, das Wirtschaftsleben so zu organisieren, daß die in der kapitalistischen Gesellschaft herrschende Veräusserung von Gütern und Arbeitskräften beseitigt wird. Durch die Gewinnbeteiligung aber wird an der Organisation der Wirtschaft nichts geändert. Es wird z. B. nicht erreicht, daß minder leistungsfähige Betriebe, die Kohlen und Rohstoffe schlecht ausnützen, fürgebehalten werden. Ebenjowenig wird an den Kosten, die aus Konkurrenz und durch die Konkurrenz entstehen, etwas geändert.

Der Sozialismus erstrebt die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel. Er will Fabriken, Maschinen, Kohlenbergwerke usw. in die Hände der Allgemeinheit bringen, er will aber nicht, wie das bei der Verwirklichung der Stinnes'schen Vorschläge geschieht, die Arbeiter zu kleinen Kapitalisten machen.

Dann soll es der Zweck der Kohlensozialisierung sein, eine möglichst weitgehende Sicherheit dafür zu schaffen, daß die Kohle zweckmäßig verwendet wird. Es soll z. B. verbitet werden können, daß Kohle zur Herstellung von Luxuswaren dient, wenn sie zur Produktion lebensnotwendiger Güter nicht entbehrlich werden kann. Schon jetzt findet eine antihumanitäre Kohlenbewirtschaftung statt, durch die für eine möglichst rationelle Verteilung der Kohlen getort werden soll. Komme

er
ger
Biere
ANI
kurze
sden!
gen 2
und
tele
6
ng